



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Bundestag gedenkt der Opfer der Flüchtlingstragödie

Konsequenzen für EU-Asylpolitik gefordert- Seenotrettung wird verbessert

Nach Meldungen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen sind in der Nacht zum Sonntag bis zu 800 Menschen vor der Küste Italiens in Seenot geraten und bei der Flucht aus Libyen im Mittelmeer ertrunken. Mit einer Schweigeminute hat der Deutsche Bundestag an diesem Mittwoch dieser Flüchtlinge gedacht.

In einer kurzfristig anberaumten Debatte zeigten sich Redner aller Fraktionen erschüttert über die Flüchtlingskatastrophe. „Migration darf keine Frage von Leben und Tod werden“, mahnte Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Er sprach sich für eine verbesserte Seenotrettung, für die konsequente Bekämpfung der Schleuserkriminalität und für eine Stabilisierung der Herkunftsländer aus. Die Flüchtlinge, die in Europa ankommen, müssten fair und geordnet auf die EU-Mitgliedsländer verteilt werden, forderte er.

Die Flüchtlingskatastrophe vom Wochenende war lediglich der Höhepunkt einer Entwicklung, die sich seit Jahren abzeichnet. Immer häufiger versuchen Menschen aus afrikanischen Ländern, meist von Libyen aus, in seeuntauglichen Booten übers Mittelmeer nach Europa zu fliehen. Dabei werden sie oft Opfer von Schleusern, die mit dem Menschenhandel ein Milliardengeschäft betreiben, sich um die Sicherheit der Flüchtlinge allerdings nicht scheren. Die Europäische Union hat am Donnerstag auf einem Krisengipfel über geeignete Maßnahmen beraten, um auf die Situation zu reagieren. Die EU-Außenminister hatten bereits am Montag einen Zehn-Punkte-Plan vorgelegt. „Es gibt keine einfachen Antworten, es gibt keine schnellen Lösungen“, betonte de Maizière im Plenum des

Deutschen Bundestages mit Blick auf den Plan. An erster Stelle stehe die Verbesserung der Seenotrettung. Allerdings kann auch nicht übersehen werden, dass gerade diese Seenotrettung eine gewisse Sogwirkung auf weitere potentielle Flüchtlinge ausübt.

Unmittelbar nach der Debatte reiste die Bundeskanzlerin zu einem Sondertreffen der EU-Staats- und Regierungschefs nach Brüssel. Dort wurde am Abend vereinbart, die für die Seerettung zur Verfügung stehenden Mittel zu verdreifachen. Im Anschluss machte Angela Merkel deutlich, dass Deutschland selbstverständlich bereit wäre, seinen Anteil noch weiter zu erhöhen, denn die Rettung von Menschenleben dürfe nicht am Geld scheitern. Zudem sagte die Bundeskanzlerin zur Unterstützung der Rettungsmaßnahmen zwei deutsche Marineschiffe zu. Neben der Verdreifachung der Mittel vereinbarten die Gipfelteilnehmer auch, den Kampf gegen Schleuserbanden zu verstärken. So sollen auch Militäreinsätze geprüft werden, um von Schleusern zum Flüchtlingstransport genutzte Schiffe zu zerstören. Frankreich und Großbritannien wollen sich dafür einsetzen, dass der UN-Sicherheitsrat das dafür erforderliche Mandat für Militäreinsätze gegen Schleuserbanden in Libyen erteilt.

Nicht einigen konnte sich der EU-Gipfel allerdings über eine fairere Verteilung von Asylbewerbern mit festen Quoten. Dies hatten vor allem Deutschland, Italien und Schweden gefordert. Bislang nehmen nur 10 der 28 EU-Staaten tatsächlich Asylsuchende auf. Vereinbart wurde lediglich, über eine bessere Kooperation in der Asylpolitik bis zum nächsten regulären EU-Gipfel Ende Juni weiter zu beraten. ■

Bund unterstützt die Kommunen weiter

Mit dem in dieser Sitzungswoche erstmals beratenen Nachtrag zum Bundeshaushalt 2015 legt die Koalition die Verteilung eines 10-Milliarden-Euro-Pakets für Zukunftsinvestitionen fest. Damit wird der Weg für konkrete Investitionsmaßnahmen der Bundesressorts in den Jahren 2016 bis 2018 freigemacht. Der größte Anteil mit 4,35 Mrd. Euro ist dabei für die Bereiche Verkehr und digitale Infrastruktur vorgesehen. Überdies werden speziell die finanzschwachen Kommunen gestärkt, indem für die Jahre 2015 bis 2018 das Sondervermögen „Kommunaler Investitionsförderungsfonds“ eingerichtet und mit 3,5 Milliarden Euro ausgestattet wird. Mit diesen Finanzhilfen für kommunale Investitionen leistet die Koalition einen Beitrag zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschafts- und Investitionskraft im Bundesgebiet. In 2015 und 2016 wird der Bund zudem die Länder und ihre Kommunen mit jährlich 500 Millionen Euro unterstützen, um die Aufnahme und Unterbringung der zunehmenden Anzahl an Asylbewerbern zu bewältigen. Aber damit haben sich die neuen Bundeshilfen immer noch nicht erschöpft: Die bislang für 2017 vorgesehene weitere Entlastung der Kommunen von einer Milliarde Euro soll um 1,5 auf dann 2,5 Milliarden Euro aufgestockt werden. Unter dem Strich stellt der Bund damit von 2015 bis 2018 nicht weniger als sechs Milliarden Euro mehr bereit als bislang geplant. Die verschiedenen Arten von Mehrausgaben sind stets so bemessen, dass der Entwurf des Nachtrags Haushalts ohne neue Schulden auskommt. Die neuen Spielräume beruhen auf fortgesetzter Haushaltsdisziplin, gesunkenen Zinsausgaben, Bundesbankgewinnen und Steuermehreinnahmen. Auch weiterhin steht die unionsgeführte Koalition also für die Umsetzung ihres zentralen Versprechens – dem ausgeglichenen Haushalt ohne Steuererhöhungen. ■

Gedenken an den Völkermord an den Armeniern

Der Deutsche Bundestag erinnerte an diesem Freitag an den Beginn der Vertreibungen und des Völkermordes an den Armeniern vor hundert Jahren. Er „beklagt die Taten der damaligen türkischen Regierung, die zur fast vollständigen Vernichtung der Armenier im Osmanischen Reich geführt haben. Ebenso waren Angehörige anderer christlicher Volksgruppen, insbesondere aramäisch/assyrische und chaldäische Christen von Deportationen und Massakern betroffen“, heißt es in dem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU und SPD. In dem Antrag heißt

es weiter: „Im Auftrag des damaligen jungtürkischen Regimes habe am 24. April 1915 im osmanischen Konstantinopel die planmäßige Vertreibung und Vernichtung von über einer Million ethnischer Armenier begonnen.“ Ihr Schicksal stehe beispielhaft für die Geschichte der Massenvernichtungen, der ethnischen Säuberungen, der Vertreibungen, ja der Völkermorde, von denen das 20. Jahrhundert „auf so schreckliche Weise“ gezeichnet sei. „Dabei wissen wir um die Einzigartigkeit des Holocaust, für den Deutschland Schuld und Verantwortung trägt“, so die Koalitionsfraktionen. Die Koalitionsfraktionen fordern die Bundesregierung auf, die türkische Seite zu ermutigen, sich mit den damaligen Ereignissen offen auseinanderzusetzen, um damit „den notwendigen Grundstein zu einer Versöhnung mit dem armenischen Volk“ zu legen. Auch solle sich die Regierung weiterhin dafür einsetzen, dass zwischen Türken und Armeniern durch die Aufarbeitung von Vergangenheit Annäherung, Versöhnung und Verzeihen historischer Schuld erreicht wird. Türkische und armenische Regierungsvertreter sollten ferner ermutigt werden, den derzeit stagnierenden Normalisierungsprozess der zwischenstaatlichen Beziehungen beider Länder fortzuführen. ■

Interesse an Stasi-Akten noch immer hoch

Auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung ist das Interesse an Stasiakten ungebrochen groß. 2014 stellten 67.763 Bürger Anträge auf Akteneinsicht, das waren über 3500 mehr als noch im Jahr 2013. Jeden Monat gehen nach wie vor mehr als 5.000 Anträge bei der Stasiunterlagenbehörde ein. Viele Menschen benötigen offenbar einen größeren zeitlichen Abstand zum Geschehen. Dem nach wie vor großen Interesse an der eigenen Stasiakte muss die Behörde gerecht werden, indem sie weiterhin mit Nachdruck daran arbeitet, trotz Personalabbau die Wartezeiten auf Akteneinsicht zu verkürzen. Seit Gründung der Stasiunterlagenbehörde im Jahr 1990 sind fast 7 Millionen Anträge und Ersuchen eingegangen, davon über 3 Millionen von Bürgern. Die Arbeit der Stasiunterlagenbehörde und ihr Sonderstatus sind international beispiellos und von hoher Vorbildfunktion. Für CDU und CSU bleibt sie ein unerlässlicher Baustein bei der Aufarbeitung der DDR-Diktatur. Ihre 1600 Mitarbeiter leisten auch im Forschungs- und Bildungsbereich wichtige Aufklärungsarbeit, vor allem für die nachfolgenden Generationen und in gesamtdeutscher Erinnerung. ■